Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 567. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 3. Dezember 1904.

Politische Wochenschau.

Die Mission des Grafen Posadowsky in Wien ist gescheitert. Der Staatssekretär ist am Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt, nachdem auch die in letzter Stunde versuchte Vermittlung des Grafen Goluchowski resultatlos geblieben ist. Die Hauptschuld an diesem Abbruch der handelspolitischen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der Doppelmonarchie an der Donau tragen vornehmlich die extremen Forderungen der deutschen Agrarier in den speziellen Fragen der Veterinärkonvention und der Gerstenzölle. Die Malz-, Eisen- und Holzzölle hätten keine unbesiegbaren Schwierigkeiten geboten, wenn man sich über die Hauptdifferenzen hätte einigen können. Daß nur die übertriebenen Forderungen der deutschen Agrarier das Scheitern der Unterhandlungen herbeiführen würden, war kaum zweifelhaft. Ueberraschender war dagegen die Tatsache, daß auch über die Regelung der industriellen Zölle kein Einvernehmen erzielt wurde. Die agrarische Presse und die ihr nahe stehenden Blätter sind über die Hartnäckigkeit der österreichisch-ungarischen Delegierten natürlich außer sich und möchten die Regierungen in Wien und Budapest am liebsten vor ein kategorisches Entweder-Oder stellen, scheuen sich sogar nicht, das drohende Gespenst eines möglichen Zollkrieges an die Wand zu malen. Es muß dahingestellt bleiben, ob sich die leitenden Männer in Cis- und Transleithanien durch diese Drohungen einschüchtern lassen werden. Vorläufig ist zu Zollkriegs-Befürchtungen noch kein Anlaß. Der deutsche Vertreter v. Körner ist in Wien geblieben, um gegebenenfalls die Verhandlungen fortzusetzen. Eine Initiative zu ihrer Wiederaufnahme müßte allerdings von Oesterreich-Ungarn ausgehen, und zwar in nicht allzu langer Zeit, da die Schwierigkeiten zu einer Wiedereinleitung, je weiter sie hinausgeschoben werden, immer größere Dimensionen annehmen werden.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetat für 1905 ist erschienen, doch läßt sich vorläufig aus der verwirrenden Zahlenfülle nur schwer ein klares Bild gewinnen. Ausgaben und Einnahmen sind zusammen auf 2241 Millionen Mark festgesetzt und zwar im ordentlichen Etat 1945 Millionen M. Einnahmen, denen 1762 Millionen M. an fortdauernden und 182 an einmaligen Ausgaben gegenüberstehen, während im außerordentlichen Etat 296 Millionen M. auf Einnahme und Ausgabe entfallen. Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger, außerordentlicher Ausgaben die Summe von 293 Millionen Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen und zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 275 Millionen Mark hinaus Schatzanweisungen auszugeben. Von den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats sind besonders die größeren Mehrbeträge bei der Verwaltung des Heeres, infolge der geplanten Verstärkung um rund 10,000 Mann mit 16,8 Millionen und bei der Verwaltung der Marine mit 6 Mill. Mark zu erwähnen, während im außerordentlichen Etat bei der Verwaltung des Reichsheeres eine Mehrausgabe von 47,4 Millionen, bei der Marine ein Mehr von 4 Millionen vorgesehen ist. Ferner sind 48,7 Millionen Mark für die südwestafrikanische Expedition, deren Kosten sich bis jetzt allein auf 130 Millionen Mark belaufen, auf den außerordentlichen Etat übernommen. Im ganzen stellt sich das Mehr der Ausgaben des außerordentlichen Etats auf 126 Millionen Mark. Bei den Einnahmen soll das Gleichgewicht durch Einstellung einer Anleihe in Höhe von rund 293 Millionen Mark hergestellt werden. Eine nette Schuldenlast! Besonders bedenklich erscheint es jedoch, daß für die Deckung der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Kredit in Anspruch genommen werden muß und zwar in Höhe von 51 Millionen Mark, die aus der Anleihe zu entnehmen sind. Eine Finanzlage, wie sie trauriger überhaupt noch nicht dagewesen ist! Schuld daran ist vor allem die von Grund aus verfehlte Welt- und Kolonialpolitik, die uns bis jetzt horrende Summen gekostet und uns nur das Mißtrauen und Uebelwollen der übrigen Mächte eingetragen hat. Angesichts der so rapide anwachsenden Reichsschuld wird sich der Ruf nach einer gründlichen finanziellen Reform des Reiches von neuem erheben, damit dieses mehr als bisher auf eigene Füße gestellt werden kann.

Die Sitzungen des Reichstages sind am Dienstag durch eine Ansprache des Präsidenten Grafen Ballestrem wieder eröffnet worden. Die väterliche Mahnung, die der Präsident bei dieser Gelegenheit einfließen ließ, doch ja die Sitzungen recht fleißig zu besuchen, wird wohl kaum auf fruchtbaren Boden fallen. Solange die Diätenlosigkeit für die Reichsboten in Permanenz erklärt ist, wird auch die chronische Beschlußunfähigkeit des hohen Hauses nicht aufhören. Die geplante Absetzung von Petitionen betr. Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk und Erlaß einer neuen lex Heinze mußte unterbleiben. Die Versammlung beschränkte sich daher auf Auseinandersetzungen über das recht unerquickliche Thema des Befähigungsnachweises. Am Mittwoch standen die von den Abgg. Gröber, Nettich und Patzig eingebrachten Resolutionen betr. Revision des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb zur Beratung. In der sich daran knüpfenden Debatte spielte die sogenannte Mittelstandspolitik eine hervorragende Rolle.

Wesentlich interessanter gestalteten sich dafür die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Am Dienstag stand hier zunächst die Hibernia-Vorlage zur Beratung. Handelsminister Möller, der den Reigen mit einer längeren Rede eröffnete, verwahrte sich zunächst gegen die in der Presse wider ihn erhobenen Vorwürfe, als sei er bei Vorbereitung der Vorlage nicht loyal verfahren. Im Gegenteil habe er sich stets auf konstitutionellem Boden bewegt, sodaß der Vorwurf eines leichtfertigen Vorgehens hinfällig sei. Wichtiger als diese Ausführungen war die im Namen des Staatsministeriums abgegebene Versicherung, daß an eine Verstaatlichung des gesamten westfälischen Bergbaues nicht gedacht werde. Der Zentrumsabgeordnete Spahn wandte sich diplomatisch halb für und halb gegen die Vorlage und machte die Stellung seiner Partei von den kommenden Kommissions-Verhandlungen abhängig. In scharfer Weise griff der Redner der freisinnigen Volkspartei, der Abg. Cassel, die Vorlage an, die ohne ausreichende Gründe ein blühendes Unternehmen der Privatindustrie in staatlichen Besitz übergehen lassen wolle und zwar mit juristischen Zwangsmitteln, die man nicht als loyal bezeichnen könne. Die Fortsetzung der Verhandlungen am Mittwoch brachte einen heftigen Zusammenstoß zwischen Herrn Möller und seinem früheren Fraktionsgenossen v. Eynern. Das Rededuell endete schließlich damit, daß beide ihre gegeneinander gerichteten Aeußerungen zurücknahmen, sodaß die Sitzung nach dieser Richtung einen versöhnlichen Abschluß fand. Immerhin ließ die Debatte auf die noch immer vorhandene erregte Stimmung in den westfälischen Industriekreisen schließen. Die Wirkungen der Kommissionsberatungen werden voraussichtlich dazu beitragen, diese tiefgehenden Verstimmungen zu mildern und die rein sachliche Frage dieser Angelegenheit in den Vordergrund treten zu lassen.

Die zweite interessante Verhandlung des Abgeordnetenhauses betraf die von freisinniger Seite eingebrachte Interpellation in Sachen des sogenannten Berliner Schulkonflikts. Die Debatte setzte ziemlich sanft ein, da die Freisinnigen absichtlich keinen Berliner, sondern den Frankfurter Funck vorgeschickt hatten, wahrscheinlich, um dadurch zu dokumentieren, daß dem Fall nicht eine lokale, sondern eine allgemeine Bedeutung zukäme. In seiner Erwiderung versuchte Minister Studt das Recht der Behörden zu ihrem Einschreiten aus Präjedenzfällen zu erweisen, und bemühte sich, zugleich die nationalen Interessen gegen die polnischen und sozialistischen Turnvereine auszuspielen. In der Besprechung erhielt zunächst der greise Minister a. D. Hobrecht das Wort, der unter lautloser Stille ausführte, daß die Gesetze, auf denen der Minister fuße, veraltet seien und nicht mehr auf die modernen Verhältnisse paßten. Die Entgegnung des Ministers konnte kaum befriedigen. Sein scharfes Vorgehen entschuldigte er mit dem Widerstande des Berliner Magistrats. Nachdem noch der freisinnige Abgeordnete Cassel der Regierung gehörig die Leviten gelesen hatte, wurde die Beratung vertagt.

Auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz konzentriert sich gegenwärtig das ganze Interesse um das Schicksal Port Arthurs. In den Ring der Einzelfesten, die die belagerte Festung umgürten und bisher mit staunenswerter Ausdauer den immer wiederholten Stürmen der Japaner getrotzt haben, scheinen diese nun endlich eine Bresche gelegt oder mindestens eine Position genommen zu haben, von der aus der weitere Fortschritt des Angriffs erheblich leichter sein muß. Durch die kürzlich erfolgte Eroberung des 203 Meter-Hügels, wodurch die Japaner angeblich den Hafen beherrschen sollen, kann der definitive Fall Port Arthurs nur noch eine Frage der Zeit sein.

*

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Prinz Friedrich von Hohenzollern, der frühere Kommandeur des III. (brandenb.) Armeekorps, ist gestern in München gestorben. Am Totenbett waren versammelt der Fürst von Hohenzollern, die Prinzessin von Flandern und Prinz und Prinzessin Albert von Belgien sowie der Fürst von Thurn und Taxis.

— Prinz Albrecht von Preußen, der am Mittwoch von Schloß Kamenz in Berlin eingetroffen war, hat sich nach Rom begeben, um dort als Vertreter des Kaisers an der Taufe des Kronprinzen Humbert von Italien teilzunehmen.

— König Friedrich August von Sachsen vereidete gestern die Rekruten. Er hielt dabei eine Ansprache an die Mannschaften.

Zurückzahlung von Kirchenbaubeiträgen.

Die Berliner Stadtsynode wird eine Anleihe von zwei Millionen Mark aufnehmen, um die von der Stadt Berlin eingezogenen Kirchenbaubeiträge zurückzuzahlen.

Südwestafrika.

Amtliche Meldung. Am 29. November im Gefecht bei Lidfontein, südöstlich Hoakanos, gefallen: Leutnant Justus Giebelmann, geboren 28. 2. 77 zu Wenle, früher im Infanterieregiment Nr. 29, Brustschuß, nach Operation gestorben; verwundet: Unteroffizier Richard Meres, geboren 13. 4. 79 zu Gorley, früher im Feldartillerieregiment Nr. 8, Schuß in rechten Oberschenkel und Gesäß; Reiter Wilhelm Herzog, geboren 24. 11. 81 zu Boußen, früher im Infanterieregiment Nr. 27, Schuß linken Unterarm; Reiter August Powelskus, geboren 16. 1. 83 zu Goilboden, früher im Infanterieregiment Nr. 162, Brustschuß; Reiter Anton Prausewetter, geboren 10. 1. 83 zu Oberglogau, früher im Pionierbataillon Nr. 5, Hautschuß; Reiter Friedrich Bachofer, geboren 26. 11. 82 zu Mötzenbach, früher im Dragonerregiment Nr. 20, Schuß in linken Oberarm.

Parlamentarisches.

— In der Kanalkommission wurde gestern der erste Paragraph der Vorlage über den Rhein-Hannover-Kanal in zweiter Lesung mit 20 gegen 7 Stimmen angenommen.

— In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte gestern der Vorsitzende, Frhr. v. Erffa-Wernburg, daß er auf Dienstag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr eine Sitzung der Kommission anberaumt habe, in der die Hibernia-Vorlage beraten werden solle, und daß an diesem Tage voraussichtlich keine Plenarsitzung stattfinden wird.

— Für die Reichstagsersatzwahl in Jerichow machen die Antisemiten die größten Anstrengungen. Die Reichstagsabgg. Zimmermann, Werner, Böckler, Bruhn und Fröhlich und eine ganze Anzahl anderer Agitatoren, von denen die „Staatsbürger-Ztg." sechs namhaft macht, halten Versammlungen ab. Dabei hat sich nach der „Genthiner Ztg." der antisemitische Abg. Bruhn des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Für Montag abend hatte die Freisinnige Volkspartei eine Versammlung in Böhne anberaumt. Der Saal war der Freisinnigen Volkspartei bedingungslos zur Verfügung gestellt worden. Dennoch wurde von antisemitischer Seite versucht, die Inhaberin des Saales, die vielleicht wirtschaftlich nicht ganz unabhängig dasteht, zum Wortbruch zu verleiten. Für den Antisemiten Bruhn wurden 30 Minuten Redezeit gefordert, mit der Drohung, daß andernfalls der Saal geräumt, das Licht ausgelöscht und der freisinnige Kandidat überhaupt nicht zum Reden zugelassen würde. Als dieser Plan mißglückte, pfiffen und schrien die Antisemiten, trampelten mit den Füßen, bis der Vorsitzende, der sich das Hausrecht gesichert und für die Dauer der Versammlung den Saal gemietet hatte, den Abg. Bruhn, als den Anstifter des Tumultes, aufforderte, den Saal zu verlassen. Die Weigerung wurde von dem freisinnigen Kandidaten, Lehrer Merten, gebührend gebrandmarkt. Nachdem die freisinnige Versammlung geschlossen war, erklärte Bruhn, daß er die Versammlung wieder eröffne und jede Verantwortung übernehme. Diese neue Versammlung aber war vollzeilich nicht gemeldet. Derart hat, so schreibt die „Genth. Ztg.", der antisemitische Reichstagsabg. Bruhn während einer Stunde sich zweimal gegen das Gesetz vergangen, er hat sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und gegen das Vereinsgesetz verstoßen.

Verwaltung und Rechtspflege.

— Die Verhandlungen Preußens mit Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck betreffend den Abschluß einer Lotteriegemeinschaft haben einen so günstigen Verlauf genommen, daß die Unterzeichnung der Verträge demnächst bevorsteht, die alsdann noch der Genehmigung durch den Landtag entgegensehen. Gegenüber anderweitigen Mißverständnissen stellt die „Braunschweigische Landeszeitung" fest, die seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen Braunschweig und Preußen wegen der künftigen Gestaltung der Lotterie seien noch nicht abgeschlossen.

— Eine Polizeischule wird von den Städten Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und Hagen gemeinschaftlich am 1. Januar errichtet. Jeder Kursus dauert, nach der „Hagener Ztg.", ¼ Jahr und wird abwechselnd in Dortmund, Bochum, Hagen und Gelsenkirchen abgehalten. In Dortmund hat der Hauptlehrer außerdem in einem Vierteljahre nachmittags einen Ausbildungskursus für Polizeikommissare zu leiten.

Volkswirtschaftliches.

— Ueber die Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn schreibt die „Köln. Ztg.": Oesterreich-Ungarn nimmt für unsere Ausfuhr den zweiten Platz ein, unmittelbar nach England. Nach den statistischen Ausweisen für 1903 betrug unsere Ausfuhr in Millionen Mark nach England 987,7 (Prozentsatz an der Gesamtausfuhr 19,3 Proz.), nach Oesterreich-Ungarn 530,6 (10,3 Proz.), nach den Vereinigten Staaten 469,4 (9,1 Proz.), nach Rußland (einschließlich Finnlands) 413 (8,1 Proz.).

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung".)

103. Sitzung vom 2. Dezember 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Die Diskussion über die drei miteinander verbundenen Anträge Gröber (Ztr.) betr. Ausverkaufswesen, Abzahlungsgeschäfte und Beamten-Warenhäuser, Reitrich betr. Ausverkaufswesen und Dr. Patzig (ntl.) betr. Abänderung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb wird fortgesetzt.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß Abg. Patzig (ntl.) seinen Antrag, die drei Resolutionen einer Kommission zur Vorberatung zu überweisen, zurückgezogen habe.

Abg. Dr. Potthoff (fr. Vgg.) kommt auf die vorgestrigen Ausführungen des Abg. Raab zurück, da der Abg. Müller-Meiningen, gegen den sie sich richteten, heute nicht anwesend sein kann. Er stellt gegenüber dem Abg. Raab fest, daß die eine Form der Generalklausel im § 5 des Gesetzes vom 27. Mai 1896 gestrichen worden ist, nicht auf Antrag der Freisinnigen, sondern des antisemitischen Abg. Vielhaben, daß ferner die Freisinnigen für die andere Form der Generalklausel des unlauteren Wettbewerbs im § 1 gestimmt haben. Zu seinem eigentlichen Thema übergehend führt der Redner aus: Die Frage der Schmiergelder ist schon in der vorgestrigen Sitzung gestreift und im Zusammenhange mit anderen Dingen kurz erwähnt worden. Ich will Ihnen nur eine Tatsache mitteilen: Ein Verein landwirtschaftlicher Beamter, der keinen Beitrag erhebt, zahlt allerlend Unterstützungen, gibt eine Zeitung heraus, gewährt Vergünstigungen usw. Da haben Sie eine Organisation des Schmiergeldervereins. Nun sage ich damit keineswegs, daß ein Niedgang in der geschäftlichen Moral stattgefunden habe. Die Zahl der Angestellten ist so stark angewachsen, daß erst diese Vermehrung ihrer Zahl die Gelegenheit zur weiteren Ausbreitung der Schmiergelder gegeben hat. Ich begrüße die Anregung des Abg. Müller-Meiningen, durch eine amtliche Enquete den Umfang dieses Unwesens festzustellen, hoffe aber, daß diese Enquete nicht gegen alle Angestellten gerichtet sein wird, sondern die überwiegende Mehrzahl der Angestellten mit aufruft zum Kampf gegen die unlauteren Elemente. Man hat die Ständeorganisationen der kaufmännischen Angestellten oft davor gewarnt, sich in eine Kampfesstellung gegen die Unternehmer hineindrängen zu lassen. Wenn es eine Frage gibt, in der Unternehmer und Angestellte durchaus zusammengehen können, so ist es der Kampf gegen die Unredlichkeiten im wirtschaftlichen Kampf. (Lebhafter Beifall links.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19041203014/fragment/page=0001

Staatssekretär Graf Posadowsky betritt den Sitzungssaal.

Abg. Nißler (kons.) meint, daß die **Sozialdemokratie je eher je lieber den Mittelstand vernichten** wolle und daß die traurige Lage des Mittelstandes eine Folge der **zügellosen Gewerbefreiheit** sei. Er mahnt die Gesetzgebung, mit Steuern gegen die Warenhäuser, die Krebsschäden unserer Zeit, vorzugehen. Der Redner schließt mit der Aufforderung, **die Beamten- und Offizierswarenhäuser zu unterdrücken.**

Abg. Peus (Soz.) führt aus, die Sozialdemokraten würden bei jeder Gelegenheit als Mittelstandstöter bezeichnet und doch würden sie auch vom Mittelstand gewählt, denn ihre drei Millionen Stimmen stammten doch nicht bloß von Kapitalisten. Die Sozialdemokraten könnten dem Mittelstand gar nicht schaden, weil ihnen die Macht fehlte. Die Gesetze, die den Mittelstand schaden sollten, seien von den bürgerlichen Parteien gemacht. Für die Handwerker sei es viel besser, wenn sie sich einer großen Organisation anschlössen, als daß sie selbst eine kleine Bude besäßen. Auch die Antisemitenblätter brächten Annoncen von Warenhäusern. So heiße es in einer Annonce der „Staatsbürger-Zeitung“: „Bundesbrüder und Leser der „Staatsbürger-Zeitung“, also Bückler-Männer, bekommen 5 Prozent Rabatt.“ (Heiterkeit.) Die Kunden der großen Warenhäuser bestanden meistens aus leistungsfähigen Käufern, auch die Freunde des Abg. Nißler strömten scharenweise dahinein, denn die kleinen Leute könnten doch nicht gegen bar kaufen, sondern müßten beim nächsten Krämer pumpen.

Abg. Grzberger (Ztr.) befürwortet den Antrag Gröber. Die Sozialdemokraten hätten den Mittelstand ruiniert durch die schrankenlose Gewerbefreiheit. (Lachen bei den Soz.) Denn darüber seien sich doch alle einig, daß die zahlreichen Schäden des gewerblichen Lebens nur von der schrankenlosen Gewerbefreiheit herrührten. (Lachen links.) Der Abg. von Schweitzer habe sogar erklärt, daß er nur aus Bosheit für ein Gesetz stimme, durch das der kleine Handwerker ruiniert werde. (Lachen bei den Soz.) Aehnlich habe sich Lassalle geäußert. Der Ansturm der Sozialdemokraten gegen diese Resolutionen zeige, daß man auf dem richtigen Wege sei.

Abg. Raab (Antis.): Der Abg. Peus hat gesagt: Es ist nur meine Ansicht, daß der Mittelstand ruiniert, nicht meine Absicht. Aber ein Mann ohne Absichten ist doch gar kein Mann! (Schallende Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten wollen die Expropriation der Expropriateure, wenn sie auch die „Revolution“ in eine „Evolution“ verwandelt haben. Herr Peus hat nicht das Volke und Ganze der sozialdemokratischen Bestrebungen dargestellt. Seien Sie doch konsequent! Wir werden viel mehr Respekt vor Ihnen (zu den Soz.) haben, wenn Sie nicht mit wie die Katze um den heißen Brei herumgehen. In der Inseraten-Angelegenheit führt Redner aus, daß auch die sozialdemokratische Presse marktschreierische Anzeigen bringe. Er exemplifiziert besonders auf das „Hamburger Echo“, das Anzeigen von Mitteln gegen die Magerkeit, zur Beförderung des Haarwuchses, Warenhausanzeigen (Blusen a 75 Pf., sogar a 25 Pf.) bringe. Die einzige Inseraten-Zensur, die das Blatt verhänge, richte sich gegen die eigenen lokalorganisierten Parteigenossen.

Abg. Frohme (Soz.): Niemals haben die Sozialdemokraten gesagt, daß die Erhaltung des Mittelstandes **nicht wünschenswert** sei. Wir konstatieren lediglich die wirtschaftliche Tatsache, daß er sich nicht halten kann, selbst wenn er die wohlgemeinteste Hilfe der Gesetzgebung genießt. Unter den „Mittelstandspolitikern“ gibt es aber Erzdemagogen, die ganz genau wissen, daß sie dem Mittelstand nur blauen Dunst vormalen, um im Trüben zu fischen. Die Mittelstandspolitiker des Zentrums mögen wohlmeinende Leute sein, die der Antisemiten sind größtenteils wirklich nichts als Demagogen, wenn sie sich auch als „Retter der Nation“ gebärden. Die großen Warenhäuser sind doch keine Gaunergeschäfte, es sind mindestens ebenso ehrlich geführte Geschäfte wie die, die unter antisemitischer Leitung stehen.

Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vgg.): Die Angriffe, die hier gegen uns gerichtet sind, sind unberechtigt. Dies geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß unser Fraktionsmitglied Alexander Meyer Referent der Kommission war, an die das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verwiesen war. Die Referenten werden aber doch gewöhnlich nur aus Freunden der Vorlage genommen. Herr Raab scheint das Gesetz überhaupt nicht zu kennen.

Abg. Raab (Antis.): Das Beste an der Rede des Abg. Frohme war das Pathos dieser Rede, als Festredner würde Herr Frohme gewiß großen Erfolg haben. Redner kopiert hierauf unter großer Heiterkeit des Hauses die pathetisch-bombastische Redeweise des Abg. Frohme. Aber Inhalt hatte die Rede nicht. Die Sozialdemokraten wollen dem Mittelstande den Schwanz stückweise abhacken, wir bedanken uns für das völlige Entfernen dieses Zierggegenstandes. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit.) Wir wollen den Mittelstand erhalten.

Abg. Frohme wendet sich gegen den Abg. Raab, spricht jedoch jetzt so leise, daß er absolut unverständlich bleibt.

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Antrag Hatzig, alle drei Resolutionen an eine Kommission zu verweisen, wird zurückgezogen.

Die ersten drei Punkte der Resolution Gröber werden mit großer Majorität angenommen, nur die Sozialdemokraten stimmen dagegen, Punkt vier wird auch angenommen, doch stimmen gegen diesen Punkt auch Konservative und Reichspartei.

Die Resolution Rettich wird auch angenommen, während die Resolution Patzig entsprechend dem Antrag Gröber der Regierung als Material überwiesen wird.

Es folgt die Beratung einiger Resolutionen betreffend das Bergrecht.

Die Abgg. Auer und Genossen (Soz.) verlangen ein Reichsbergegesetz, das besonders folgende vier Punkte enthalten soll: 1. Einführung einer regelmäßigen Schichtzeit von 8 Stunden, in Betrieben mit einer Temperatur von 28 Grad Celsius nur 6 Stunden. 2. Obligatorische Teilnahme der Arbeiter in der Ueberwachung der Schutzvorschriften. 3. Verbot der Frauenarbeit in den Bergwerken. 4. Einheitliche Regelung des Knappschaftswesens.

Die Abgg. Stötzel u. Gen. (Ztr.) fordern 1. ein Reichsbergegesetz, 2. in der Gewerbeordnung Bestimmungen zu einem umfassenden Schutze der Bergarbeiter, 3. eine wirksame Bekämpfung der Wurmkrankheit durch sofortige Verhandlungen mit den beteiligten Einzelregierungen.

Abg. Spahn (Ztr.) befürwortet einen Antrag, die Resolution Auer dem Reichskanzler als Material zu überweisen, bleibt aber vollkommen unverständlich.

Abg. Sachse (Soz.) begründet ausführlich die Resolution Auer, den großen Mißständen im Bergbau könnte nur durch ein Reichsberggesetz ein Ende gemacht werden. Der Antrag des Zentrums, die Resolution Auer als Material zu überweisen, sei sehr zu bedauern. Denn Ueberweisung als Material bedeute nichts anderes als: in den Papierkorb!

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr. (Erste Lesung des Etats, des Nachtragsetats, des Friedenspräsenz-Gesetzes und des Gesetzes betr. die zweijährige Dienstzeit.) Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Eigen-Bericht der „Saale-Zeitung.“)

Abgeordnetenhaus.

110. Sitzung vom 2. Dez., 2 Uhr.

Das Haus ist ziemlich gut besetzt.

Am Ministertisch: Dr. Studt u. a.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Cassel (fr. Vp.), Broemel (fr. Vg.) u. Gen. betr. die **Verfügung über die Elementarschulräume, namentlich in Berlin.**

Abg. Kirsch (Ztr.): Der Weg, den die Interpellanten eingeschlagen haben, ist nicht zweckmäßig. Besser wäre es gewesen, den Ausweg einer Petition zu wählen, diese wäre dann einer Kommission überwiesen worden, die dem Hause schriftlich hätte Bericht erstatten können. Es ist recht schwierig, sich über die rechtliche Frage ein Urteil zu bilden. Der Minister beruft sich darauf, daß die Instruktion von 1817 Gesetzeskraft habe; ob das richtig ist, können wir hier nicht feststellen. Nach unserer Ansicht sollten Schulräume nur für Unterrichtszwecke verwendet werden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.) meint, daß auch nach den oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidungen die Maßnahmen der Regierung durchaus berechtigt seien. Es handle sich hier gar nicht um eine despektierliche Behandlung von Beschlüssen der Gemeinde, sondern einfach um eine von Aufsichtsrechts wegen erlassene Anordnung, welche die Gemeinde zu befolgen habe. **Bei der Ausübung ihrer Schulaufsicht sei die Unterrichtsverwaltung durchaus berechtigt**, nicht bloß über die inneren Schulangelegenheiten zu wachen, sondern auch die allgemeinen Staatsinteressen zu vertreten, denn die Schule sei eine staatliche Institution. Wir wollen nicht, **daß unsere Schuljugend sozialdemokratisch durchseucht und alle Disziplin in ihr erstickt werde.** (Beifall rechts, Lachen links.) Auch daß an die konfessionellen Gemeinden die Hergabe der Schullokale verboten sei, halte er für durchaus richtig, denn diese Gemeinschaft setze sich mit unserem religiösen Empfinden in Widerspruch. Die Regierung habe gegenüber Berlin gehandelt wie es ihre Pflicht gewesen sei, nur daß sie zu tadeln, daß sie ihre Verfügung verallgemeinert habe, denn von anderen Gemeinden sei ein solcher **Mißbrauch des Selbstverwaltungsrechts**, wie ihn Berlin getrieben habe, nicht zu erwarten. (Große Unruhe links.) Auch vor den Toren Berlins und der Renitenz der städtischen Behörden dürfe die Autorität des Staates nicht zurückweichen, sondern müsse feststehen wie ein rocher de bronce. (Lebhafter Beifall rechts, starkes Zischen links.)

Abg. Ernst (frs. Vgg.) ist der Ansicht, daß der landrechtliche Satz: „Die Schule ist eine Veranstaltung des **Staates**“, nicht den Staat den Gemeinden gegenüberstellt, **sondern der Kirche.** Die Gemeinden hätten im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts Hervorragendes für die Schule geleistet. Viele tüchtige Männer hätten ihr Bestes dazu getan. Wenn die Regierung in ihrer Verordnungspolitik fortfahre, dann sei zu besorgen, daß diese Männer die Freude an ihrer selbstlosen Arbeit verlieren, ja, daß sie dieser überhaupt nicht mehr ihre Zeit widmen. Es würden durch eine solche Politik Konflikte über Konflikte heraufbeschworen werden.

Abg. Stychel (Pole) bemerkt, es sei für seine Freunde von vornherein klar gewesen, daß **Berlin sich im Recht befand**, aber ebenso klar sei es ihnen bei dem jetzt herrschenden Bevormundungssystem auch gewesen, daß die Regierung diese Bestätigung des Selbstverwaltungsrechts unterbinden werde. Der polnische Turnverein habe nichts anderes getrieben als das Turnen, aber die Existenz von Polen werde schon als politischer Akt angesehen. Wenn man alle Maßnahmen gegen die Polen betrachte, müsse den Polen klar werden, daß man sie zu einem heimatlosen, brotlosen Proletariat herabdrücken wolle.

Minister Studt: Die **rechtliche Grundlage** unseres Vorgehens ist von keiner Seite bestritten worden. Es ist nur bezweifelt worden, ob das Vorgehen der Regierung opportun gewesen ist. Der Erlaß ist vor langer Zeit vorbereitet und hauptsächlich zu dem Zwecke ergangen, um ein klares Bild zu schaffen. Gegen Berlin allein wollte ich keinen Erlaß in die Welt setzen; denn ich bin kein Freund von Ausnahmemaßregeln und deshalb habe ich es auch in diesem Falle für richtig gehalten, einen allgemeinen Erlaß zu veröffentlichen. Ich glaube, daß ich mich damit auf **dem richtigen Wege** befunden habe. Auch an der Art der Ausführung des Erlasses ist nichts auszusetzen. Die Vorwürfe des Abg. Stychel gegen die Unterrichtsverwaltung sind durchaus unberechtigt.

Abg. Dr. Irmer (kons.) stellt sich vollkommen auf die Seite des Ministers. Der Minister habe nicht nur richtig gehandelt, sondern er habe sich durch sein Handeln ein Verdienst erworben, und die ganze konservative Partei sei dem Minister dankbar für sein Vorgehen. Es sehe so aus, als wenn die Stadt Berlin es geradezu darauf anlegte, Konflikte hervorzurufen. Das Selbstverwaltungsrecht sei den Kommunen nicht aus eigenem Recht verliehen, sondern durch Delegation des Staates. Die Gemeinden müßten sich daher bei Ausübung dieses Rechtes in den gesetzmäßigen Schranken halten.

Ein konservativer Antrag auf Schluß der Beratung wird angenommen.

Abg. Fischbeck (frs. Vg., zur Geschäftsordnung) bedauert, daß seiner Partei auf diese Weise die Möglichkeit genommen sei, auf die Angriffe des Vorredners und des Abg. Frhrn. v. Zedlitz gegen die Selbstverwaltung Berlins zu antworten. Es werde das aber später bei einer passenden Gelegenheit geschehen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Anträge betreffend Meisterkurse, betreffend den Bezug von Kalisalzen und betreffend Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses.)

Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Der Krieg in Ostasien.

Die Eroberung des 203 Meter-Hügels.

Londoner Blätter melden, die Russen hätten bei der Eroberung des Forts auf dem 203 Meter-Hügel mehrere Schnellfeuergeschütze und 15 Zentimeter-Canetgeschütze im Stich gelassen. Das Fort besteht hauptsächlich aus Felsen und großen Felsstücken, die besonders an der westlichen Seite die Verteidigungswerke bildeten. Bei den Angriffen mußten die Japaner eine Reihe gepanzerter Deckungen nehmen, die den Hügel auf seiner Seite umgaben.

Der Dank des japanischen Parlaments.

Das japanische Herrenhaus beschloß mit Zuruf, der Armee und der Flotte den Dank für deren ausgezeichnete Leistungen auszusprechen.

Sonstige Meldungen.

Laut Bekanntmachung des japanischen Generalstabs sind 17 Offiziere im Felde gefallen und 64 verwundet; der Kampfplatz wird nicht genannt, man nimmt aber an, daß es in dem Kampfe vor Port Arthur gewesen ist.

Verstärkung der englischen Flotte.

Der „Standard“ macht bekannt, daß der Plan betreffend eine neue Einteilung der Flotte bis zu Neujahr zur Veröffentlichung reif sein werde. Die Heimatflotte werde ganz besonders stark gemacht werden, und zwar so, daß sie die ganze Küstenlinie vom Firth of Forth bis nach Portland decken kann und die bedeutendste Schlachtflotte sein wird. Das Kanalgeschwader wird mit dem Kommando des nordatlantischen Geschwaders verbunden und das Bindeglied zwischen der Heimatflotte und dem Mittelmeergeschwader sein; ferner werden sechs Kreuzergeschwader eingerichtet werden. Diese Flotten sollen sämtlich jederzeit zum Gebrauch bereit sein und eine Reserveflotte in den Heimathäfen haben, die in weniger als 48 Stunden mobil gemacht werden kann.

Frankreich.

In der Deputiertenkammer brachte Grosjean (Nationalist) einen Antrag ein, dahin gehend, einen oberen Unterrichtsausschuß zu bilden, um die Angeberei im Unterrichtswesen zu verhindern. Er wirft dem Unterrichtsminister vor, die Angeber nicht bestraft zu haben. Minister Chaumié erwiderte, daß er stets nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe; seine Aufgabe sei schwer genug und es liege ihm nichts daran, sein Amt weiter zu behalten. (Lebhafte Bewegung.) Lafferre (sozialistischer Radikaler) verteidigte hierauf den Grand Orient, leite Verwahrung ein gegen den Diebstahl der Schriftstücken beim Grand Orient und nahm für die Republikaner das Recht in Anspruch, sich Auskünfte zu verschaffen und sich gegen ihre Feinde zu verteidigen. Der Grand Orient habe keine Angeberei verübt, er habe nur politische Auskünfte gesiebert. Die Opposition werfe ihm Tatsachen vor, die sie selbst täglich begehe. Redner warf der Regierung alsdann vor, Maßnahmen gegen Beamte ergriffen zu haben, die ihre Pflicht als Republikaner getan hätten (Protestrufe rechts), und schloß mit den Worten: Ohne unsere Schriftstücke würde das Land eine Armee besitzen, die des Staatsstreichs fähig wäre. (Heftige Protestrufe.) Lafferre zog alsdann seine Worte zurück und fügte hinzu: die republikanischen Vereinigungen werden ihre Reinigungskur fortsetzen. (Beifall links und Lärm recht.) — Kriegsminister Berteaux erklärte, daß alle auf die Angebereien bezüglichen Dokumente verbrannt seien. (Beifall im Zentrum.) Der Minister gab zu, daß die Republik nach 33jährigem Bestehen keine Armee habe, die mit den republikanischen Grundsätzen übereinstimme, aber er konstatiere, daß es seit 33 Jahren keinen Staatsstreich gegeben habe, trotz der Aufstachelungen dazu. (Beifall links.) Er, der Minister, werde seine Pflicht erfüllen, er werde gerecht und wohlwollend sein und die Republik zu verteidigen wissen. (Unbeklimmter Beifall.) — Guyot de Villeneuve (nationalistischer Republikaner) warf unter fortwährenden Unterbrechungen durch die Linke dem Ministerpräsidenten Combes und dem früheren Kriegsminister André vor, daß diese das Angebersystem organisiert hätten. André sei derjenige gewesen, der die Auskünfte verlangte. — Grosjean zog hierauf seinen Antrag zurück und sprach die Hoffnung aus, daß der Kriegsminister gegen die Angeber vorgehen werde. — Es folgte die Interpellation der sozialistischen Deputierten Sembad und Allard betreffend die Ausläufungen des Professors Talamas über die Jungfrau von Orleans. — Sembad warf dem Unterrichtsminister vor, dieser habe, ohne nach Beweisen zu fragen, Talamas der Rachsucht der Nationalisten und Klerikalen geopfert. Unterrichtsminister Chaumié erklärte, er übernehme die Verantwortung für die Versetzung Talamas', der es bei seinem Unterricht über die Jungfrau von Orleans, einer Gestalt, die Achtung einflößen müsse, an Takt habe fehlen lassen. — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen tritt Jaurès für Talamas ein, der seinen Schülern gegenüber als Historiker gesprochen habe und bestrebt gewesen sei, ihnen klar zu machen, wie die Jungfrau von Orleans von der Gesellschaft ihrer Zeit verkannt worden sei. (Rufe rechts: Von den Engländern!) Jaurès erwidert: Im Einverständnis mit der Geistlichkeit und dank der Gleichgültigkeit Frankreichs. (Beifall links, Zwischenrufe rechts.) Jaurès schildert dann den Prozeß gegen die Jungfrau von Orleans und beschuldigt die Klerikalen, daß sie, indem sie den Engländern die Verantwortlichkeit für den Tod der Jungfrau von Orleans zuschöben, die Wahrheit verheimlichten. Jaurès bittet dann den Unterrichtsminister, den Republikanern, die sich für den Angeblich von ihm trennten, um einem republikanischen Professor ihr Vertrauen auszudrücken, dies nicht zu verargen. Unterrichtsminister Chaumié erwidert, er habe aus dem Bewußtsein seiner Pflicht gehandelt, und Jaurès hätte, wenn an er Stelle Talamas' gestanden hätte, sich nicht derselben Ausdrücke bedient, und er — der Minister — hätte nicht nötig gehabt, Maßnahmen zu treffen. Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Mehrere Tagesordnungen werden eingebracht, der Unterrichtsminister erklärt, nur die einfache Tagesordnung anzunehmen, die aber mit 284 gegen 268 Stimmen abgelehnt wird. Präsident Brisson verliest sodann eine von mehreren Deputierten unterzeichnete Tagesordnung, in der die Kammer dem Unterrichtsminister ihr Vertrauen ausspricht. Minister Chaumié erklärt sich zur Annahme bereit und fügt hinzu, falls diese Tagesordnung nicht angenommen werde, würde er seine Autorität nicht mehr für genügend erachten, um sein Portefeuille zu behalten. Das Haus nimmt darauf die zuletzt eingebrachte Tagesordnung mit 376 gegen 33 Stimmen an.

Rußland.

Der Kaiser von Rußland ernannte zum Vorsitzenden der Kommission, welche beauftragt ist, die Gesetze des russischen Reiches mit denen Finnlands in Einklang zu setzen, den Geheimrat Taganzew. Unter den russischen Mitgliedern befindet sich Professor v. Martens. Die erste Sitzung findet am 2. d. in Petersburg statt.

Der Minister des Innern erteilte der Zeitung „Syn Otetschestwa“, deren erste Nummer vor einigen Tagen erschien, wegen schädlicher Richtung eine Verwarnung und entzog ihr gleichzeitig das Recht des Einzelverkaufs.

Der russische Botschafter in Wien, Graf Kapnist, ist gestern infolge Schlaganfalls gestorben.

Serbien.

Die Regierung hat ihre Entlassung eingereicht, weil die Skupschtina die Auslieferung des sozialistischen Abgeordneten Jlitsch verweigerte, welcher der Aufreizung gegen das Heer beschuldigt wird.

Mexiko.

Wie dem „Reuterschen Bureau“ aus Mexiko gemeldet wird, leisteten die Generale Porfirio Diaz und Ramon Corral vor dem Senat und der Kammer den Eid als Präsident bezw. Vizepräsident.

Kunst und Wissenschaft.

⊙ Kleinplastik. Man schreibt uns aus Leipzig, 1. Dez.: Die moderne Kleinplastik ist um einige vortreffliche Stücke bereichert worden: Nachbildungen von Skulpturen Klingers, die eine Berliner Bronzegießerei in den Handel gebracht hat. Es handelt sich dabei um Werke, die von Klinger selbst die letzte künstlerische Feile erhalten haben. Es sind Uebertragungen in ein anderes Material, die durch die verdeckende Beihilfe des Meisters weit über das gestellt werden müssen, was man etwa autorisierte Uebersetzungen nennen könnte. „Salome“ und „Kassandra“ sind in verschiedenen Größen ausgegeben worden. Desgleichen eine herrliche Figur „Der Badende“ und die für das Nietzsche-Archiv in Weimar geschaffene Nietzsche-Büste.

⊙ Ein Zola-Museum. Wie aus Paris berichtet wird, soll das Geburtshaus Zolas angekauft und zu einem Museum umgewandelt werden, das der Erinnerung an Zola gewidmet sein soll. Zu diesem Zwecke ist auf Betreiben Alfred Bruneaus, des Freundes Zolas, eine Subskription eröffnet worden.

ch. Bühnenchronik. Die „Siebzehnjährigen“ von Max Dreyer wurden im Deutschen Volkstheater zu Wien beifällig aufgenommen, besonders der zweite Akt. Zum Schlußsalute der Beifall ab. — Im Teatro Lirico zu Mailand fand die einaktige Oper „Elena“ von Saint-Saëns lebhaften Beifall. Das Werk zeigt in fünf Bildern Helenas Entführung durch Paris. Der Oper hebt es, denn „B. B. C.“ zufolge, an Handlung, aber die hymphonischen Schilderungen des Orchesters sind von schöner Wirkung. — Ein Kindertheater ist in New York von der „Educational Alliance“ begründet worden. Schauspieler, Schauspielerinnen, Regisseure, Kontrolleure, Garderobenaufseher und Logenschließerinnen sind Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren. Das Theater fast 700 Plätze, der Eintrittspreis beträgt 1 M. Die Aufführungen finden am Sonntag von 4 bis 6 Uhr nachmittags statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19041203014/fragment/page=0002

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

1. Halle, 2. Dez.

In einem Hause der Schmiedestraße wohnten bis 1. Okt. die Arbeiter-Eheleute Melchior K. und Josefa K., die Arbeiter Stanislaus St. und Leopold H. Zwischen den Eheleuten K. einerseits und den beiden anderen Familien bestand seit langem ein feindliches Verhältnis, das wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen Veranlassung gab. Am 27. August bedrohte K. den H. mit einem in ein Tuch gewickelten Stein, worauf H. sich eine Latte holte, und eine schlimme Prügelei ging los. Beide kamen zu Falle und Frau K. leistete ihrem Manne durch Gebrauch eines Küchenmessers Beistand. Fünf Wunden trug H. am Kopfe davon. Auf seine Hilferufe kam der Arbeiter St., sein Freund, hinzu, nahm ihm das Lattenstück ab und schlug damit unbarmherzig auf die Eheleute K. ein. Der in Gemeinschaft mehrerer anderer junger Leute vorübergehende Arbeitsbursche Kurt G. wurde in den Trubel hineingerissen und soll Frau K. gerettet haben. Die beiden Parteien hatten sich gegenseitig ganz gehörig zugerichtet und außerdem der Ehemann K. den Arbeiter H. mit Schimpfreden beleidigt. Jeder wurde zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt, K. außerdem noch zu einem Tag Gefängnis wegen Beleidigung. Der Arbeitsbursche G. mußte freigesprochen werden, da er in Notwehr gewesen ist.

Der Fleischer Karl K. in Schweidtz hatte im vorigen Jahre auf einem am 30. Juli ausgestellten und am 30. Oktober fälligen Wechsel über 500 Mark das Akzept mit dem Namen seines Vaters, des Oekonomen K. in Gossa, gefälscht und den Wechsel dem Landwirt Sch. gegen ein Darlehen von 425 M. bar und eine goldene Uhr in Zahlung gegeben. Als der Wechsel nicht eingelöst wurde, klagte Sch. gegen K. senior, wurde aber abgewiesen, da K. senior beeidete, seine Namensunterschrift sei gefälscht. K junior wurde wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs mit 6 Monaten Gefängnis bestraft.

Während seiner Stellung als Postbote beim Postamt 2 hierselbst hat der jetzige Tischler Hermann H., in Reinstedt wohnhaft, beim Leeren der Briefkästen abgefallene Briefmarken sich angeeignet, auch Marken abgelöst und besonders Briefe an Soldaten geöffnet, weil er darin Geld vermutete. In einem solchen Briefe fand er für eine Mark, in einem anderen für zwei M. Briefmarken. Die Briefe vernichtete er. Er wurde wegen Unterschlagung im Amte und Beseitigung von Briefen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die neuen Anklagen wegen Beleidigung des Ministers Ruhstrat.

[Nachdruck verboten.] Hg. **Oldenburg, 1. Dez.**

(Fortsetzung.)

Es wird zunächst

der Angeklagte Schweynert

vernommen. Gegen ihn ist Anklage wegen drei Artikeln erhoben worden. Der erste enthält schwere Angriffe gegen Ruhstrat, weil er als Staatsanwalt das Glücksspiel geduldet habe, ein Vergehen, das mit 5 Jahren Zuchthaus bestraft werde. Der zweite inkriminierte Artikel betrifft eine Rätselfrage, auf die in der nächsten Nummer die Antwort erfolgte, und zwar wie folgt: „Des Rätsels Lösung: Ruhstrat — Meineid — Verhandlung. Vors.: Sind Sie der Verfasser der Artikel? Angekl.: Des ersten Artikels, ja. Der Verteidiger formuliert seine Beweisanträge, die dahingehen, daß Minister Ruhstrat unter seinem Eid bekundet, 1. daß die gesamten Spielvorgänge 12—14 Jahre zurücklägen, 2. daß er nur im Kasino gespielt habe, 3. daß er selbst am Spiel keinen erheblichen Anteil genommen und nie Bank gehalten habe. Zweitens formuliert die Verteidigung das Beweisthema wie folgt: daß dem Minister in der Verhandlung klar sein mußte, daß es sich überhaupt um Spielvorgänge handelte. Demgegenüber solle bewiesen werden, daß diese Angaben in tatsächlicher Beziehung unwahr seien, daß der Minister bis in die neueste Zeit nicht bloß im Kasino, sondern auch in anderen Lokalen Lustige Sieben, Poker und andere Glücksspiele gespielt und auch die Bank gehalten habe. Hierzu beantragt die Verteidigung, zu den bereits benannten 25 Zeugen noch weitere 16 zu vernehmen, darunter den Landtagsabgeordneten Meyer-Holte. — Vors.: Dieser Herr ist aber

schon tot.

Vert.: So? — Staatsanw.: Ich möchte darauf hinweisen, daß es sich heute nur darum handelt, ob der Herr Minister in neuerer Zeit, als er schon Oberstaatsanwalt und Minister war, sich am Glücksspiel beteiligte. Wir brauchen aber auf die anderen alten Fälle wohl nicht mehr einzugehen.

Nach einer Reihe Feststellungen mit dem Angeklagten wird

Minister Ruhstrat

als Zeuge vernommen. Dieser bekundet: In dem Prozeß vor einem Jahre ist, wie ich bestimmt weiß, die Frage, wann ich zuletzt gespielt habe, gar nicht gestellt worden, so daß ich gar keine Antwort darauf geben konnte. Ich weiß bestimmt: ich bin nicht gefragt worden und habe darüber nichts gesagt. Es war in dem ganzen Prozeß überhaupt nur die Rede von den Verhältnissen vor 10—14 Jahren. Es handelte sich hauptsächlich darum, daß ich den Gymnasiallehrer Früsiick deshalb zum Direktor befördert haben sollte, weil er mir früher einmal beim Spiel ein Darlehn gewährt habe. Es ist auch seitens der Verteidigung immer die Rede von den sog. alten historischen Vorgängen gewesen. Als ich gefragt wurde, was ich über das Verschwinden des Assessors Hellwig wisse, warf Dr. Wisser ein: Der Herr Verteidiger scheint nicht zu wissen, daß dieser Fall in neuerer Zeit liegt. Ich habe jedenfalls erwidert, daß ich mit diesem nicht gespielt habe. Der Angeklagte Ries erklärte damals ja auch, daß er nicht behaupte, daß daß in neuester Zeit gespielt worden sei. Ich habe auch nicht gesagt, daß ich nur im Kasino gespielt habe, denn es ist danach gar nicht gefragt worden, und dann kam beiläufig ja damals auch ein Fall zur Sprache, ein Zeuge bekundete darüber, der bei Eilers stattgefunden hatte. — Vors.: Also im Prozeß haben Sie die Zeit nicht angegeben? — Zeuge Ruhstrat: Nein, ich habe nichts gesagt über den Zeitpunkt, seitdem ich nicht mehr gespielt habe. Ebenso wurde nicht von dem Ort gesprochen. Ich darf noch hinzufügen, daß auch keiner der Zeugen gefragt worden ist, bis wann sie mit mir gespielt haben. Sonst wäre doch mir oder den Zeugen ein entsprechender Vorhalt gemacht worden. In meiner Erklärung im Landtag habe ich es abgelehnt, mich über Privatvorgänge zu äußern. Sonst hätte ich ja einfach sagen können, daß ich es ablehne, über Dinge, die 13—14 Jahre zurückliegen, mich auszulassen. Richtig ist, daß ich in den Jahren, die 12—14 Jahre zurückliegen, am meisten gespielt habe, später aber habe ich auch gespielt, jedoch viel seltener. Jedoch darauf kam es in dem Prozeß gar nicht an, sondern gerade auf die bestimmten zurückliegenden Fälle, über die ich allein befragt wurde. Ich habe aber weder als Oberstaatsanwalt noch als Minister jemals „Lustige Sieben" gespielt. Das weiß ich so genau, da ich mir im Jahre 1895 den Vorsatz genommen hatte, nicht mehr Lustige Sieben zu spielen, nachdem ich bereits damals für den Posten des Oberstaatsanwalts in Aussicht genommen worden war. Ich habe das prinzipiell durchgeführt. Aber auch in den Jahren 1893—1895 hatte ich schon höchstens noch ein- bis zweimal gespielt. Dagegen habe ich mit einigen Herren, mit denen ich einen ständigen Skattisch hatte, nach dem Skat gepokert. Das geschah aber nur immer im engeren Kreise von uns drei Skatspielern; es kam allerdings auch einmal ein vierter dabei gewesen sein. Dieses

Pokern ist kein Hazardspiel

meines Erachtens, kein Hazardspiel im Sinne des Gesetzes, denn es wirkt hier nicht allein der Zufall eine Rolle, sondern auch die Geschicklichkeit, wenn auch nicht so sehr wie beim Skat. „Lustige Sieben" kann jeder, „Pokern" nicht. Dieses Pokern hat aber nur im Kasino, und nur im Anschluß an den Skat stattgefunden. — Staatsanwalt: Wurde um hohe Beträge gespielt? — Minister Ruhstrat: Nein, der Umsatz war etwa wie bei einem Fünfpfennigskat. Beim Skat spielten wir ja nur um den halben Pfennig. Soweit ich mich erinnere, war der Gewinn oder Verlust nie höher als 50—60 M.; es kann vielleicht auch einmal vorgekommen sein, daß einer den ganzen Verlust oder Gewinn davontrug. — Staatsanw.: Das Pokern halten Sie wohl mehr für ein Unterhaltungsspiel, als für Hazard? — Zeuge: Ja, jedenfalls ein „Jeu" kann man es nicht nennen.

Der Verteidiger beantragt der Wichtigkeit wegen und um Mißverständnissen vorzubeugen, die

Aussage des Ministers zu protokollieren.

Der Staatsanwalt widerspricht und das Gericht lehnt die Protokollierung ab. Der Vorsitzende formuliert die Aussage des Zeugen dahin, daß derselbe 1. eine Zeit, bis wann er ein Glücksspiel gespielt habe, nicht angegeben habe, 2. daß er nicht gesagt habe, nur im Kasino gespielt zu haben, 3. als Minister und Oberstaatsanwalt nicht mehr Lustige Sieben gespielt zu haben, 4. daß er wohl auch in letzter Zeit gepokert zu haben, aber nur in bescheidenem Umfang und engem Kreise. Zeuge: Jawohl. — Verth.: Sie machen also einen

Unterschied zwischen Glücksspiel und Jeu?

— Zeuge: Ja. Ich erkenne aber an, daß beim Skat mehr Geschicklichkeit nötig ist als beim Poker. — Vert.: Dann machen Sie wohl eine quantitative Unterscheidung zwischen Glücksspielen und halten Skat auch für ein solches. — Zeuge: Gewiß, denn es kommt auch auf den Zufall an, welche Karten man bekommt. — Vert.: Wissen Sie, daß man im Sprachgebrauch eine Unterscheidung zwischen Glücksspiel und Hazard nicht kennt? Und ist Ihnen nicht bekannt, daß die Rechtsprechung Pokern auch für ein Hazardspiel bezeichnet hat? — Zeuge: Meines Wissens hat das Reichsgericht diese Frage offen gelassen. Es wird dem Herrn Verteidiger bekannt sein, daß in Rechtsfragen immer unter Juristen Meinungsverschiedenheiten herrschen.

Es werden dann die Richter aus dem Biermann-Ries-Prozeß, in dem Minister Ruhstrat seine umstrittene Aussage gemacht hat, vernommen. Sie vermögen sich nicht zu erinnern, daß dem Minister damals die Frage nach der Zeit seines Glücksspiels vorgelegt sei. Drei weitere Zeugen, die Kellner des Oldenburger Kasinos, sind in ihren Aussagen sehr unsicher und schränken frühere Behauptungen ein.

Darauf werden die

Skat- und Pokergenossen Ruhstrats

vernommen. Buchhändler **Schmidt** hat zwar Skat und Poker, aber niemals weder zu jener Zeit noch später Lustige Sieben mit dem Minister gespielt. Zeuge Kellner **Meyer**: Ich habe bestimmt von 1899—1900 sehr häufig Lustige Sieben spielen sehen. Vors.: Sahen Sie denn den Knobelbecher beim Spiel? Zeuge **Meyer**: Ganz gewiß. Zeuge **Schmidt**: Ich habe in jenen ist Lustige Sieben nie gespielt worden. Zahnarzt Dr. **Schlepperell**: Ich habe überhaupt noch nie eine Lustige Sieben gesehen. Zeuge Kellner **Meyer** bleibt bei seinen Angaben. Oberreg.-Rat **Webbs**: Es wurde zwar Skat, aber niemals Lustige Sieben gespielt. Dagegen wurde von uns nachher öfter gepokert. Dasselbe bekundet Reg.-Rat **Becker**. Zeuge Kellner **Meyer** hält seine Angaben aufrecht. Zeuge **Schmidt**: Ich kenne Dr. Schlepperell seit 25 Jahren und weiß, daß er prinzipiell sich von jedem Spiel, auch dem Pokerspiel, fernhält.

Der Staatsanwalt beantragt die Protokollierung der Aussage des Kellners Meyer, da der dringende Verdacht bestehe, daß derselbe eine **falsche Aussage** gemacht habe.

Poker ein Hazardspiel

Die Verteidigung kündigte Beweisanträge darüber an, daß Poker allgemein als ein Hazardspiel gelte, sowohl im Volksmund allgemein als auch bei den Sachverständigen. Im Brockhaus heiße es: „Poker ein Hazardspiel usw." und ebenso in jedem anderen Konversationslexikon. Die Verteidigung halte es für nötig, Sachverständige zu laden und schlägt den aus dem Hammelsoupprozeß und anderen Spielerprozessen her als Sachverständigen bekannten **Berliner Kriminalkommissar** v. **Manteuffel** vor.

Nach längerer Debatte wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

*

In dem Beleidigungsprozeß des Ministers **Ruhstrat** gegen den Redakteur **Schweynert** beschloß der Gerichtshof, den Zeugen Kellner Meyer wegen Verdachts des wissentlichen Meineides verhaften zu lassen. Im ferneren Verlauf des Prozesses erklären beide Verteidiger, daß sie wegen der Vorkommnisse im Vorverhören und in der Hauptverhandlung sich in der Verteidigung beschränkt und persönlich verletzt fühlen und deshalb die Verteidigung niederlegen. Der Angeklagte läßt durch seine Verteidiger erklären, daß er infolge der anstrengenden Zwangsarbeit und schlechten Verpflegung im Gefängnis den Verhandlungen nicht weiter folgen könne, auf weitere Zeugenvernehmung verzichte und an einem Verteidiger, der mit den Oldenburgischen Verhältnissen nicht vertraut sei, kein Interesse habe. Der Gerichtshof beschließt, die Verhandlung um 5 Uhr nachmittags fortzusetzen.

Das Urteil

lautete wegen Beleidigung des Ministers Ruhstrat zu einem Jahr Gefängnis.

Provinzialnachrichten.

* **Ilfrungen**, 2. Dez. [Ein schwerer Unfall] ereignete sich auf der Grube „Flüßschacht" im Krummschlachtstale. Um schnell aus der Grube zu kommen, versuchte der 20jährige Bergmann Lehnhardt aus Kelbra, zurzeit in Rottleberode, in den Förderkorb zu springen. Hierbei muß er nur das Förderseil zu lassen vermocht haben, sodaß die Beine zwischen Korb und Schachtrand kamen und ihm hier zermalmt wurden. Infolge der großen Schmerzen hat er das Seil fahren lassen und stürzte ca. 60 Meter in die Tiefe, wo er tot liegen blieb. Die Ausfahrt mittels Förderkorbes ist auf der Grube strengstens untersagt, sodaß dem Verunglückten allein die Schuld beizumessen ist.

* **Wittenberg**, 2. Dez. [Warenhausbrand. — Diebstahl.] Gestern abend nach 9 Uhr entstand hier im historischen „Handelhaus" Großzauer, welches das gesamte Warenlager der Firma Hinrichs vernichtete. Zwei Feuerwehrleute erlitten bei der Hilfeleistung Verletzungen. — Während sich am Mittwoch nachmittag die Witwe Sch. aus der Lutherstraße auf eine Viertelstunde aus ihrer Wohnung entfernt hatte, sind anscheinend mittels Nachschlüssels die Stubentür und ein Glasschrank geöffnet und aus diesem ein Beutel mit einer größeren Summe Bargeld, sowie in- und ausländische Staatspapiere im Gesamtbetrage von etwa 15,000 Mark gestohlen worden. Bisher fehlt jeder Anhalt über den Verbleib des Geldes.

— [Ordensverleihungen.] Verliehen wurde: Dem bisherigen Ortsrichter Karl Hoyme zu Rödigen im Kreise Naumburg und dem pensionierten Eisenbahnlademeister August **Kaßfuß** zu Wöllitz in Anhalt das Allgemeine Ehrenzeichen.

* **Leipzig**, 2. Dez. [Selbstmord.] Heute morgen hat sich in der Wohnung seiner Eltern in der Zeitzer Straße ein 23jähriger Kaufmann wegen körperlicher Leiden erschossen.

* **Dresden**, 2. Dez. [Großes Aufsehen] erregt hier die plötzliche „Abreise" des Handelsschuldirektors Sieber in das Ausland, wahrscheinlich nach Amerika. Wie verlautet, sollen zahlreiche Gläubiger das Nachsehen haben. Die sehr stark frequentierte Handelsschule wurde auf Anordnung des Stadtrates polizeilich geschlossen werden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Protest gegen das Schleppmonopol.

Berlin, 3. Dez. Der Ausschuß des Centralverbandes deutscher Industrieller nahm eine Resolution an, welche sich entschieden gegen die Ausnahme des staatlichen Schleppmonopols in das Wasserstraßengesetz ausspricht.

Reichstags-Stichwahl.

Schwerin i. M., 2. Dez., abends 11 Uhr. Bei der Reichstags-Stichwahl im 2. Wahlkreise wurden bisher gezählt: für Finanzrat Büsing (nl.) 9832 Stimmen, Antrick (Soz.) 8738 Stimmen. Aus 157 Ortschaften stehen die Ergebnisse noch aus.

Die Städteordnung für Württemberg.

Stuttgart, 2. Dez. Die Kammer der Abgeordneten hat bei Beratung der Magistratsverfassung unter Ablehnung des Regierungsvorschlages einen von der Volkspartei, dem Zentrum und den Sozialdemokraten sowie einem Mitgliede der deutschen Partei unterstützten Antrag mit 36 gegen 36 Stimmen, wobei der Präsident den Stichentscheid gab, angenommen, die die Verfassung für größere Städte betreffenden Artikel 58—120 der Gemeindeordnung mit der Maßgabe an die Kommission zurückzuverweisen, daß in der Verfassung auch der großen Städte die Einrichtung eines Gemeinderates und eines Bürgerausschusses geschaffen und die Zulässigkeit der Berufung ihrer Vertreter durch direkte Verhältniswahl unter Ermöglichung der Ernennung von besoldeten Stadträten vorgesehen, auch die Frage der Vergrößerung des Bürgerausschusses unter Aufrechterhaltung der Gleichstellung beider Kollegien in Erwägung gezogen wird.

Ausweisung russischer Arbeiter.

Stettin, 3. Dez. Sämtliche beim Eisenbahnbau Stargard-Küstrin beschäftigten russischen Arbeiter wurden durch die preußische Regierung nach Rußland ausgewiesen.

Der Krieg in Ostasien.

Tokio, 2. Dez. Es heißt, die Russen hätten die Wiedereroberung des 203-Meter-Hügels mit großen Streitkräften versucht, wären aber mit schwerem Verlust zurückgeschlagen worden; die Russen befestigten jetzt Stellungen zwischen Lautischan und Nantauschan, wo sie, wie man annimmt, den letzten Halt machen würden.

Berlin, 3. Dez. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Wilhelmordens an Professor Robert Koch.

Kiel, 3. Dez. Das vom Kieler Konsistorium eingeleitete Disziplinarverfahren gegen den Pastor von Brincken in Spandet, einem Vertrauensmann der dänischen Partei, endete mit der Pensionierung des Geistlichen zu Neujahr.

Innsbruck, 3. Dez. Der Steindrucker Krause aus Berlin, der eine 12jährige Lithographentochter entführt hatte, wurde vom hiesigen Landgerichte zu 1½ Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Tanger, 3. Dez. Mr. Harris, der Korrespondent der Londoner „Times", wurde in der letzten Nacht in seinem Hause durch Beninsaiwers angegriffen, die einen sehr entschlossenen Versuch machten, ihn gefangen zu nehmen. Die Bergbewohner hatten das Haus geräuschlos umzingelt, die Wachen, ohne einen Schuß zu tun, überwältigt, und einen, der Alarm zu schlagen versuchte, erstochen. Die Wache jagte den Beninsaiwers, daß Harris in der Stadt wäre; die Angreifer warteten einige Zeit und zogen sich dann, nachdem sie den Wachtmannschaften Gewehre und Kleider fortgenommen hatten, zurück. Der englische Gesandte erhob einen scharfen Protest beim marokkanischen Vertreter für auswärtige Angelegenheiten und verlangt, daß Harris, solange er sich in seinem Hause befindet, vor Gefahr beschützt werde. Harris weigert sich, in der Stadt zu schlafen, und verlangt eine starke Sicherheitswache.

Washington, 3. Dez. Der japanische Geschäftsführer teilte dem stellvertretenden Sekretär des Staatsdepartements Loomis mit, daß Japan gestern die Einladung des Präsidenten Roosevelt zu einer zweiten Friedenskonferenz erhalten habe, welche alsbald dem Parlamente übermittelt werden solle. Aus der Form dieser Mitteilung schließt man, daß die Einladung in Japan wohlwollend aufgenommen werde.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Heinrich Goeres; für Provinzialnachrichten: Jean Eichweiler; für das Feuilleton: Dr. Artur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —

(einschl. „Unterhaltungsblatt" und „Blätter fürs Haus").

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Elektrizitäts-A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co. in Frankfurt am Main. Am Schlusse des Prospektes betr. Einführung von 14 Millionen Mark 4½ proz. Obligationen und 10 Millionen Mark gezahlter Aktien der Gesellschaft zum Handel und zur Notierung der Berliner Börse teilt die Verwaltung mit: Die Beschäftigung der Fabrik ist im laufenden Geschäftsjahre eine befriedigende und gegen die entsprechenden Monate des Vorjahres eine nicht unwesentlich gesteigerte.

Maschinenfabrik Grevenbroich in Grevenbroich. Wie die Verwaltung mitteilt, sind ihre Hoffnungen auf eine ausreichende Beschäftigung der Werkstätten im laufenden Jahre nicht in Erfüllung gegangen. Der Umfang der Aufträge ist bis Ende Sept. dermaßen zurückgegangen, daß das laufende Jahr sich als das ungünstigste seit dem Bestehen der Gesellschaft herausstellen dürfte. Erst Anfang Oktober habe sich das Geschäft lebhafter gestaltet, was mit der Besserung der Lage des Zuckermarktes zusammenhängen dürfte. Wenn diese Besserung anhält, dürfte auch auf eine baldige Besserung in der Lage des Unternehmens gehofft werden.

Rio de Janeiro, 1. Dez. Wechsel auf London 12 11/16.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

Berlin, 2. Dez. Frühmarkt. Weizen, märker 176,50—177 ab Bahn. Roggen, märker 140,50—141,00 ab Bahn. Gerste, leichte inländische Futtergerste 137—147, schwere 148—157, alles frei Wagen und ab Bahn russische und Donau- 125—136 frei Wagen. Hafer, märk., mecklenbg., pomm., posen., schles., fein 154—164, mittel 148—153, gering 143—147, russ. 148—153 ab Bahn und frei Wagen Mais, amerik. mixed, guter 133—135, runder 123—128, türkischer mixed — — — frei Wagen. Erbsen, inländ. mittel 143—147, feine und Taubenerbsen 148—158 ab Bahn und frei Wagen Weizenmehl No. 00 loco 21,75—24,00. Roggenmehl No. 0 und 1 loco 17,00—18,50 Weizenkleie 10,40—11,10. Roggenkleie 11,00—11,40 M. ab Mühle.

* Hamburg, 2. Dez. Weizen loco ruhig, loco holsteinischer, mecklenb. 175—178. Hard Winter No. 2 Dez.-Ablad. —. Roggen loco ruhig, südruss. ruhig, 9 Pud 10/15 Dez.-Abl. 90,00, holst. u. mecklenb. 145—147. Gerste fest, südruss. 96,50. Hafer ruhig, holstein. u. mecklenb. 142—145. Mais fest, gemischter amerik. 98,50, La Plata —.

* Antwerpen, 2. Dez. Weizen stetig, Mais stetig, Hafer stetig, Gerste stetig.

New York, 2. Dez. [Telegr.] Roter Winterweizen. Loco 120⅛ (vorige Notierung 118⅛), Dezember 117⅛ (115⅛), Mai 112⅝ (111½). Juli 103⅞ (103¼), September — (—). Mais Dezbr. 57 1/32 (57), Mai 51⅝ (51⅝), Juli — — (—). Mehl 3,90 (3,90). Getreidefracht 1¼ (1¼).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19041203014/fragment/page=0003

Chicago, 2. Dez. [Telegr.] Weizen Dezember 110½ (109⅜), Mai 99⅛ (98½). Mais Mai 45⅝ (45⅜).

Zucker.

Magdeburg, 2. Dez. (Zuckermarkt.) Auf festes London gewannen die Kurse der Abendbörse gegen Frühnotiz 25—35 Pfg. Der Verkehr blieb jedoch geschäftslos.

* London, 2. Dez. 96% Javazucker loco 15 sh. 0 d., stetig. Rüben-Rohzucker loco 13 sh. 10½ d., stetig.

* Paris, 2. Dez. Rohzucker behauptet. 88% neue Kondit. 37 bis 37,50. Weißer Zucker behauptet. No. 3 fur 100 kg per Dez. 41,75, per Jan. 42⅛, per Jan.-April 42,50, per März-Juni 41⅞.

Kaffee.

Hamburg, 2. Nov. Kaffee ruhig. Umsatz 3000 Sack.

Hamburg, 2. Dez., nachm. 6 Uhr. Kaffee good average Santos per Dez. 37,00 Gd., März 37,75 Gd., Mai 38,25 Gd., Sept. 39,25 Gd. Ruhig.

Amsterdam, 2. Dez. Java-Kaffee good ordinary 31,50.

Havre, 2. Dez. [Schlußbericht.] (Bericht der Hamburger Firme Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos, per Dez. 45,50, März 46,25, Mai 46,75, Sept. 47,75. Ruhig.

Chemische Produkte.

* London, 1. Dez. Chilisalpeter ord. 10 sh. 10½ d., raff. 11 sh.

Spiritus.

* Nordhausen, 2. Dez. Branntwein 45% Vol. für 100 kg ohne Faß ab Brennerei 72,00—74,00 M., desgl. 40% Vol. 65,00—67,00 M.

* Hamburg, 2. Dez. Spiritus fest. Dezbr. 26,50 G., Dez.-Jan. 26,50 G., — Br., Jan.-Febr. 26,50 — G.

* Paris, 2. Dez. Spiritus fest. Dez. 49,25, Jan. 48,75, Jan.-April 48,25, Mai-Aug. 46,75.

Petroleum.

* Hamburg, 2. Dez. Petroleum behauptet. Stand. white loco 6,30.

* Antwerpen, 2. Dez. [Schlußbericht.] Raffiniertes Type weiß loco 19,50 bez. Br., per Dezbr. 19,50 Br., per Januar 19,75 Br., Jan.-April 20,00. Ruhig.

* New York, 2. Dez. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,95, do. in Philadelphia 7,90, do. Refined 10,65 (in Cases) do. Credit Balances Cat Oil ity 1,60.

Kartoffelmehl und Stärke.

* Berlin, 2. Dez. Kartoffelstärke 27,00. Kartoffelmehl 27,00. Feuchte Stärke 15,75 M.

Wolle. Baumwolle.

* Bremen, 2. Dez. Baumwolle willig, Upland middl. loco 45¼ Pfg.

* Liverpool, 2. Dez., nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 B. davon für Spekulation u. Export 1000 B. Tendenz: willig.

Amerikanische good ordinary Lieferungen: Stetig, Novbr. 4,67, Novbr.-Dezbr. 4,67, Dezbr.-Januar 4,72, Januar-Febr. 4,75, Febr.-März 4,78, März-April 4,80, April-Mai 4,82, Mai-Juni 4,83, Juni-Juli 4,85, Juli-August 4,84 d.

Manchester, 2. Dez. 12r Water Taylor —, 20r Water Leigh 7⅞, 30r Water courante Qualität 8½, 30r Water bessere Qualität 9⅛, 32r Mook courante Qualität 8⅞, 40r Mule Mayall 9⅝, 40r Medio Wilkinson 10. 32r Warpcops Lees 8¾, 36r Warpcops Rowland 9⅜. 36r Warpcops Wellington 9½, 40r Double Weston 10⅜, 60r Double cour. Qualität 13⅜, 32r 116 yards 6×16 grey printers aus 32r/46r 221. Tendenz: Fest.

Ölsaaten. Öle. Fettwaren.

* Bremen, 2. Dez. Schmalz ruhig. Loko, Tubs und Firkins 36¾/4 fg., in Doppelcimern 37½ Pfg. Speck stetig.

* Hamburg, 2. Dez. Rüböl, verzollt, ruhig, loco 46,00.

* Paris, 2. Dez. [Schlußbericht.] Rüböl fest. Dez. 45,75, Jan. 46,25, Jan.-April 47,50, Mai-Aug. 47,50.

Antwerpen, 2. Dez. Schmalz per Dezember 89,50.

New York, 2. Dez. [Telegr.] Schmalz Western steam 7,30 (7,30), do. Rohe und Brothers 7,35 (7,35).

Chicago, 2. Dez. [Telegr.] Schmalz, Jan. 7,00 (7,00), Mai 7,20 (7,15).

Metalle.

Eisleben, 1. Dez. Mansfelder MR. A. Kupfer 140—143 per 100 kg ab Bahnstation Hettstedt, netto Kasse. Preis vom 27. Nov. 140—143 M.

Hamburg, 2. Dez. Silber 81,00 Br., 80,50 G.

London, 2. Dez. Silber 27⅞ d.

* Amsterdam, 2. Dez. Bankazinn 80½.

* London, 2. Dez. Chilikupfer 66¾ Lstrl., 3 Mon. 67⅛ Lstrl.

* Glasgow, 2. Dez. Vorm. 11 Uhr 5 Min. Roheisen. Mixed numbers warrants — s. — d.

* Glasgow, 2. Dez. [Schluß.] Roheisen. Mixed number warrants unnotiert. Middelsborough 48 sh. 4 d.

London, 2. Dez., abends 6 Uhr 10 Min. Bechuanaland Exploration 1,47, Cape Copper 4,75, Consolidated Goldfields of S Afrika 7,97, De Beers 18,50, Durban Roodepoort 5,26, New Jagersfontein 28,50, Transvaal Mining and Gold Estates 2,18, Charterer 2,31, East Rand 9,06, Randmines 11,50, Shebas 8/6. Willig.

New York, 1. Dez. Zinn 29,75—29,95, Kupfer 14,87—15,12 Doll

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.						Fall	Wuch
Artern, Brückenpegel	1. Dez.	+0,45	2. Dez.	+0,46	—	1
Weißenfels, Oberpegel	»	+2,40	»	+2,42	—	2
do. Unterpegel	»	+0,20	»	+0,28	—	8
Trotha	2. »	—	3. »	—	—	—
Alsleben, Oberpegel .	1. »	+2,36	2. »	+2,36	—	—
do. Unterpegel .	»	+1,38	»	+1,38	—	—
Bernburg	»	+0,98	»	+1,00	—	2
Kalbe, Oberpegel . .	»	+1,46	»	+1,48	—	2
do. Unterpegel . .	»	+0,46	»	+0,52	—	6

Der Wasserstand von Trotha befindet sich im Abendblatte.

Moldau. Iser. Eger. Elbe.	Dezemb.	Fall	Wuchs		Dezemb	Fall	Wuch.
Budweis . . .	1.—0,08	—	3	Torgau	2.+0,47	—	2
Prag	»—0,43	1	—	Wittenberg .	»+1,25	9	—
Jungbunzlau	»+0,10	—	2	Roßlau	»+0,72	9	—
Laun	»—0,13	2	—	Barby	»+1,02	—	—
Pardubitz . .	»+0,01	1	—	Magdeburg .	»+0,96	5	—
Brandeis . .	»+0,02	3	—	Tangermde. .	»+1,48	—	5
Melnik . . .	»—0,46	—	1	Wittenberge	»+1,02	—	10
Leitmeritz . .	»—0,36	—	—	Dömitz Pegl	1.+0,55	—	—
Außig . . .	2.—0,18	3	—	Lauenburg .	2.+0,65	1	—
Dresden . . .	»—1,42	—	7				

Aussig, 2. Dez. Von den oberen Plätzen werden 31 cm Wuch. gemeldet.

Berliner Börse,

2. Dezember.

(Ergänzung zu den telegr. Meldungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Diskont.

Berlin Wechsel 5, Lombard 6. Amsterdam 3. Brüssel 3. Italien. Plätze 5. Kopenhagen 4½. Lissabon 4. London 3. Madrid 4½. Paris 3. Petersburg und Warschau 5½. Schweiz. Plätze 5. Norw. Plätze 5. Schweiz 4½. Wien 3½.

Geldsorten und Banknoten.

Münz-Dukaten	pr. St.	— —	
Rand- do.	do.	— —	
Sovereigns	do.	20,33bz	
20 Frcs.-Stücke	do.	16,175bz	
8 Gulden-Stücke, öst. do.		— —	
Gold-Dollars	do.	4,1875G	
Imperials, alte	do.	— —	
do. do. zu 500 G.	do.	— —	
do. neue	pr. St.	16,22bz	
do. do. zu 500 G.	do.	— —	
Amerik. Noten	1000-5 D.	4,1775bz	
do. do.	2 u. 1 D.	4,1825bz	
do. Coup., zhlb. N.-Y.		— —	
Belgische Noten	zu 100 Fr.	80,80bz	
Dänische Bknot.	zu 100 Kr.	112,10bz	
Oest. Bkn. Abschn.	1-2000 K.	85,05bz	
Russ. do. do.	zu 500 R.	216,10bz	
do. do. do.	5, 3 u. 1 R.	216,20bz	
Skandin. Bkn.	zu 100 Kr.	112,05bz	
Russ. Zoll-Coup.	100 G.-R.	323,30bz	
do. do.	kleine	323,10bz	

Deutsche Staatspap., Pfand- und Rentenbriefe, Provinz- und Stadt-Anleihen und Lose.

D. Reichs-Schatzanw.			
rückz. 1905	4	100,25B	
do. von 1904	3½	99,90bz	
Bad. St.-A. 01 uncv. 09	4	— —	
do. Präm.-Anl. v. 67	4	146,25G	
Bayr. St.-A. unk db. 06	4	103,30G	
do. Präm.-Anl. v. 66	4	170,10bz	
Bremer Anl. 1887, 88, 90	3½	— —	
do. do. 1902	3	87,25B	
Hamb. Staats-Rente			
amort. 1900	4	103,30G	
do. do. 1904	3½	99,40bz	
Gr. Hess. St. 99 unk. 09	4	— —	
do.	3½	100,20G	
Lüb. St.-Anl. unk. 14	3½	99,00bz	
Ostpreuß. Prov.-Anl.	4	103,30bz	
do. do.	3½	98,00bz	
Rheinprov. XX-XXI	4	— —	
Westf. Prov. II, III, IV	3½	99,25G	
Teltow. Kr.-Anl. uk. 15	4	105,00G	
Barmen Stadt-Anl.	3½	98,40bz	
Berlin St.-Synode 02	3½	99,20bz	
Cassel St.-Anl. I. 1901	3½	98,30G	
Charlottenb. 96, 99, 02	3½	99,30bz	
Cöthen 80 84 90 95 96 03	3½	— —	
Dortmund 1891, 98, 03	3½	98,60G	
Dresden 1900 unk. 10	4	104,70G	
do.	3½	— —	
Düsseld. 88, 93, 94, 00, 03	3½	98,50G	
Eisenach 1899 uncv. 09	4	— —	
Frankfurt a. M. 1903	3½	99,25G	
Glauchau 1894, 1903	3½	98,20G	
Halberstadt 1902	3½	— —	
Köln 1900 uncv. 06	4	102,25G	
do. 94, 96, 98, 1901, 03	3½	99,20bz	
Nürnberg St.-A. 1903	3	88,40G	
Sächs. ldw. Pfbr. II A., XXII, XXIII	4	102,20G	
do. X Ba., XIII a	3½	99,20bz	
do. div. uncv. Ser.	3½	99,20bz	
do. Kreditbriefe	4	102,80G	
do. do. uncv. 1905	3½	99,20bz	
do. do.	3½	99,20bz	
Kur- und Neumärker (Brdbg.) Rentenbr.	4	102,50G	
Pomm. Rentenbriefe	4	— —	
Posensche do.	4	102,60G	
Preußische do.	4	102,50G	
Sächsische do.	4	— —	
Schlesische do.	4	102,50bz	
Braunschw. 20 Tlr.-Lose, Mark per Stück		161,30G	
Köln-Mind. 3½% Pr.-Anl.		105,50bz	
Meining. 7 fl.-Lose M. p. St.		36,40G	

Ausländische Fonds, Stadt-Anleihen und Lose.

Argent. Eisenb.-Anl.	5	98,50bz	
do. Anl. v. 1897	4	86,50G	
Chilen. Anl. v. 1889	4½	95,00bz G	
Chines. do. v. 1895	6	— —	
do. do. kleine	6	104,50G	
Griech. 5% do. v. 81/84	1,6	47,30G	
do. 6% do. kleine	1,6	47,30G	
do. 5% Goldrte, P. L.	1,6	45,75bz G	
do. 5% do. mittlere	1,6	45,75bz G	
do. 5% do. kleine	1,6	45,75bz G	
Ital. 5% Anl. (St. 20%)	4	— —	
Oesterr. einhtl. Rente	4	100,00bz G	
do. Silber-Rente	4½	— —	
do. Papier-Rente	4½	— —	
Portug. Anl. unif. III	3	64,10bz G	
do. unif. Spez. Tit. III	freo	13,10bz G	
Rumän. Anl. amort.	5	100,10G	
do. do. kleine	5	100,20bz G	
do. am. Rente v. 90	4	90,80bz	
do. do. v. 1894	4	87,90bz B	
Russ. Anl. v. 80 II. Em.	4	— —	
do. Cons. 80 25 u. 10 r.	4	— —	
do. conv. Obligat.	3½	— —	
Schwed. St.-K.-A. v. 04	3½	99,40G	
Ung. St.-Renten-Anl.	3½	— —	
Bukar. Stadt-A. 88 cv.	4½	95,70bz G	
do. do. kleine	4½	95,70bz G	
Buen.-Air. do. 500 L.	4½	89,50bz	
do. do. 100 L.	4½	91,75bz	
do. 91, 5000-500 Pes. P.	6	46,00bz G	
Lissab. do. v. 86 2000 M.	4	84,25bz G	
Wien. Stadt-Anl. v. 98	4	— —	
Schwed. Hyp.-Pfdbr. kündb.	4	100,25bz G	
do. Städte-Pfdb. v. 02	4	100,50bz	
Ungar. Spark. Pf. I. IV, V	4½	101,70bz	
do. do. I, II	4	97,90G	
Barletta 100 Lire fr.	MpSt.	20,00G	
Freiburg. 15 Frs. fr.	»	36,40bz	
Oest. 1858 Kredit fr.	»	— —	
do. 1860 L. 200 fl. C.-St.	4	M. % 156,60G	
do. 1864 Lose fr.	MpSt.	463,00bz	
Russ. Präm.-Anl. v. 1864	5	M. % — —	
do. v. 1866	5	» — —	

Hypothekenbank-Pfandbriefe u. Obligationen.

Berl. Hyp. 80% abg.	4	99,60bz G	
do. do. do.	3½	93,70G	
do. v. 1904 Ser. I, II	4	101,50G	
Braunschweig-Han. S. XVIII unk. 05	4	101,00bz G	
do. S. XXI XXII uk. 11	4	102,25bz G	
do. S. I, X, XI . . .	3½	96,50G	
do. S. II-IX, XII-XV	3½	95,20bz G	
do. S. XIX	3½	95,25bz G	
do. S. XX unk. b. 1910	3½	96,00bz G	
D. Hyp.-B.-Pfdb. VII	4	100,30bz G	
do. XI-XII unk. 10	4	101,60bz G	
do. XIV unk. b. 1914	4	102,30G	
do. XIII-XIII A. .	3¾	99,80bz G	
do. IX	3½	95,00G	
Gothaer Grundcr. Pr.-Pf. I	3½	123,80G	
do. do. II	3½	110,25G	
do. do. III u. IV	3½	101,90bz G	
do. do. V Iu. VII	4	100,50G	
do. IX u. IX a, unk. 09	4	101,50G	
do. X u. X a, unk. b. 13	4	102,50G	
do. S. XII, unk. b. 14	4	102,60G	
do. S. VIII	3½	96,25G	
do. S. XI, unk. b. 1913	3½	97,50G	
Hamb. Hyp.-Pfdbr. .	4	100,40bz G	
do. S. 341-400	4	101,70bz G	
do. S. 401-450	4	103,00bz G	
do. S. 46-190	3½	95,00bz G	
do. S. 311-330	3½	96,50bz G	
Leipz. Hyp.-B. S. VIII	4	102,90G	
do. do. S. IX	4	102,70G	
do. S. VII unk. b. 08	3½	98,20G	
Meckl. H.-u. W.-B. S. V	4	101,70G	
do. do. alten. conv.	3½	95,00bz G	
Mein. Hyp.-Bk. S. II	4	100,40bz G	
do. do. VI	4	100,50B	
do. VII unk. b. 1906	4	101,00G	
do. VIII unk. b. 1911	4	102,20bz G	
do. IX unk. b. 1914	4	102,90bz G	
do. conv.	3½	96,50bz G	
do. uncony. b. 1905	3½	96,30bz G	
do. unkdb. b. 1907	3½	96,50bz G	
do. X uncv. b. 1913	3½	99,00G	
Mitteld. Bod.-Cred.-A. S. IV unk. b. 09	4	101,50G	
do. do. unk. b. 06	3½	96,00G	
Norddtsche Grundcr. S. XII unk. b. 12	4	102,00bz G	
do. S. XIII unk. b. 12	3½	97,00G	
Pr. Bd.-Cr. S. IV rz. 115	4½	114,60G	
do. do. S. X rz. 110	4½	110,25G	
do. do. S. XIII . . .	4	100,30bz G	
do. S. XIV unk. b. 05	4	100,30G	
do. S. XVII uk. 06-10	4	100,40bz G	
do. S. XVIII do. 1910	4	101,40bz G	
do. S. XIX do. 1911	4	101,40bz G	
do. S. XXI do. 1913	4	102,50bz G	
do. S. XX unk. b. 1913	3¾	100,00G	
do. S. XI	3½	95,10bz G	
do. S. XV	3½	94,90G	
do. S. XVI u. conv. .	3½	94,30G	
Pr. Cir.-Bd.-Cr. v. 1890	4	100,50bz G	
do. v. 1899 unk. b. 1909	4	102,30bz G	
do. v. 1903 do. 1912	4	103,20G	
do. v. 1886, 89, 94 . .	3½	95,30bz G	
do. v. 1896 do. 1906	3½	95,30bz G	
do. v. 1904 unk. b. 1913	3½	95,40G	
do. Centr.-Boden-Comm.-Obl.	4	104,20G	
do. do. v. 87, 91	3½	99,00G	
do. do. v. 1896	3½	99,10G	
Pr. Hyp.-A.-Bk. abg.	3½	93,75G	
do. do. do.	4	100,20G	
do. unk. bis 1913	4	102,00G	
Preuß. Pfdb. I k. S. XX u. XXI unk. 1910	4	101,30G	
do. S. XXV unk. 14	4	102,50G	
do. S. XXVI unk. 14	3¾	100,00G	
do. S. XXIV unk. 12	3½	96,50G	
do. Kl.-Obl. unk. 08	4	99,90G	
do. do. unk. 04	3½	96,10G	
do. Com.-Obl. II b. 10	4	— —	
do. do. IV unk. 12	3¾	101,50bz G	
do. do. III unk. 12	3½	99,50G	
Rh.-W.-B.-C.S. IX, IXa	4	102,30bz G	
do. S. VI unk. b. 08	3½	95,80G	
Sächs. Bodenkredit S. III unk. b. 1909	4	103,75G	
do. S. IV unk. b. 1910	4	103,00G	
do. S. II unk. b. 1908	3½	99,50G	
Schwarzbg. Hyp.-B. S. III u. V	4	100,40bz G	
do. S. VI unk. b. 12	4	102,10bz G	
do. Ser. I unk. b. 06	3½	96,50G	
Westd. B.-K. S. II, kb.	4	101,20G	
do. Ser. I	4	101,00G	
do. Ser. V, unk. b. 09	4	101,40G	
do. Ser. VI, unk. b. 10	4	102,10G	
do. Ser. VII, uk. b. 13	4	102,60G	
do. Ser. III, unk. b. 05	3½	95,50G	
do. Ser. IV, unk. b. 07	3½	96,80G	

Bank-Aktien.

Barmer Bank-Verein	6	125,80G	
Berg-Märk. Bank . .	8	162,50bz G	
Braunschw. Bank . .	4½	113,00G	
Bresl. Wechsl.-Bk.-A.	5	104,75bz G	
Coburger Kreditbank	4	88,50bz G	
Danziger Privatbank	5½	120,75G	
Dtsch. Eff. W. (Hahn)	4½	109,80bz G	
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6½	131,90bz G	
Essener Kreditanstalt	8	165,00bz G	
Gothaer Privatbank .	6	126,10G	
do. Grundkr.-B.	7	152,50bz G	
Hamb. Hypoth. e. V.	8	165,75B	
Lübecker Kommerzb.	6⅔	134,00G	
Magdeburg. Bankv.	7	135,00G	
do. Priv.-B.	4	105,40G	
Meining. Hypoth.-B.	7	146,30bz G	
Preuß. Boden-Kredit	7	148,90bz	
do. Centr.-Bod.-Kr.	9	201,75bz G	
do. Hypoth.-A.-B.	4½	119,20bz	
do. Pfandbriefb.	7	143,90G	
Schles. Bankverein .	6½	149,25G	
Westdtsch. Bod.-Kr..	6½	143,60G	

Deutsche Eisenb.-Prioritäten.

Halb.-Blankb. 1884 c.	3½	97,50G	
Lüb.-Büchen v. 1902	3½	— —	
Magd.-Wittenb. St.-A.	3	— —	
Starg.-Küstr. uk. 1906	3½	— —	

Deutsche Eisenb. Stamm-Akt.

Eutin-Lübeck	2¼	75,00bz G	
Liegn.-Rawitsch Lt. B	3½	88,40G	
Nordh.-Wernig. Lit. A	4½	80,10bz G	

Ausländ. Eisenb. Prioritäten.

Anatol. Bhn. I. große	5	103,25bz G	
do. do. kleine	5	104,00G	
do. Ergänz.-Netz .	5	102,10G	
do. do. kleine	5	102,00G	
Böhm. Nordb. Gold-P.	4	99,80bz G	
Centr.-Pac. I Ref. rz. 49	4	99,70G	
do. rz. 29	3½	— —	
Italien. Eisenb. gar. .	2,4	372,10G	
do. Mittelmeerb. stfr.	4	— —	
Iwangorod-Dombr g.	4½	99,50bz	
Kosl.-Woron.-St.-B. alte	5	— —	
Kursk.-Rudolfb. gar.	4	100,25bz B	
K.-Chark.-As., v. 1889	4	— —	
Kursk.-Kiew	4	— —	
Macedon. Gold-Prior.	3	63,70bz G	
do. do. kleine	3	66,00G	
Moskau-Kasan . . .	4	92,30bz G	
do. Kiew-Wor. uk. 06	4	91,80bz	
do. Rjäsan	4	— —	
do. Smolensk . . .	4	94,00bz G	
do. Wind-Ryb. unk. 09	4	— —	
North. Pacific, Pr. L.	4	104,00G	
Rom. do. Gen. Lien.	3	974,00G	
Österr. Lokb. Gold-P.	4	100,10bz	
do. Franz-St.-B. alte	3	90,20G	
do. v. 1874	3	89,50G	
do. v. 1885	3	88,25G	
do. v. 1895	3	83,20G	
do. do. I u. II	5	110,40G	
do. do. Gold	4	100,30bz G	
Orel-Grisi-Obl. v. 89	4	91,70bz G	
Portugiesen v. 1886 .	3	81,00G	
do. v. 1889 abg. I. R.	4½	— —	
Rjäsan-Kozlow . . .	4	93,50bz G	
do.-Uralsk. v. 98 u. b. 09	4	91,80bz	
Russ. Südostbahn v. 01	4	— —	
Russ. Südwestbahn .	4	— —	
Rybinsk-Bolog. uk. b. 1906	4	92,30bz	
Südösterr. (Lomb.) .	2,6	65,90bz	
do. 5% Obligat.	5	106,75G	
do. Gold	4	94,30G	
Transkaukas., gar. .	3	76,20bz	
Türk. Bagdad-E.-A. I.	4	88,50bz G	
Warsch.-W. X., XI. S.	4	99,50bz G	
Wladikawkas v. 1898	4	92,25bz G	

Ausländ. Eisenb. Stamm-Akt.

Anatol. Eisenb. volle	5	101,25bz	
do. do. 60%	5	101,50G	
Gotthardbahn	6⅔	93,30bz	

Industrie-Aktien.

Albert Chem. Werke	15	251,00bz	
Alfeld-Gron. Papierf.	6	148,00bz G	
Annaburger Steingut	7	142,00bz G	
Archimedes	4	172,00bz	
Arenberg Bergbau .	40	750,00B	
Baroper Walzwerk .	0	89,60bz	
Bergmann Elektr. .	17	338,00bz G	
Berlin-Charl. Bau .	—	742,00bz G	
Berl. Unionbrauerei .	6	115,60G	
do. Bock-Br. cv. u. n.	8	145,75bz G	
do. Spand. Berg-Br.	7	145,25bz G	
do. Königst. Br. . .	6	114,75bz G	
do. Pfefferberg Br. .	14	237,10G	
Breslauer Ölfabrik .	3	89,60bz G	
Breuer Masch.-Fabr.	2	115,75B	
Buckau Chem. Fabr.	8	146,60bz G	
Butzke & Co. Met.-Ind.	5	105,50bz G	
Charlottb. Wasserw..	14	308,00bz G	
Consol. Marie Br.-W.	3	88,50bz	
Dessauer Gas	10	213,50bz	
Deutsche Jute-Spinn.	8	164,25bz G	
do. Spiegelglas Ges.	13	216,75bz G	
Dresdn. Gardin.-F. .	12	183,75bz G	
do. Strassenbahn	8¾	180,50G	
Dürkopp Bielef. M. .	25	474,00bz G	
Düsseldorfer Eisenh.	0	122,25bz G	
Düsseldorf. Waggonf.	14	270,50bz G	
Eckert Maschinenf.	9	144,00bz G	
Elberfeld. Farbenf. .	25	537,00bz	
do. Papierfabrik	20	305,00bz G	
Erfurter Strassenb. .	6½	137,75B	
Façon Mannstädt . .	10	209,50bz G	
Flensburg. Schiffbau	11	221,50bz G	
Freund Masch. conv.	10	319,50G	
Gaggen. Eisenw. V.-A.	5	120,75bz G	
Gerresh. Glashütten .	11	190,00bz G	
Gladbach. Woll-Ind.	11	150,00bz G	
Görlitzer Eisenbbed.	15	288,00bz G	
Greppiner Werke . .	7	124,50bz G	
Grevenbroich Masch.	0	90,75bz G	
Griesheim. Elektron.	12	252,25G	
Handelsg. f. Grundb.	0	171,25bz G	
Hansa, Dampfschiffg.	6	143,50bz G	
Harb.-Wien. Gummi	12½	280,25bz G	
Harkort Bergw.-Ges.	9	140,50bz	
Harz. Werke L. Au. B	0	70,00bz G	
Hedwigshütte	10	199,25bz G	
Hein, Lehmann . . .	0	122,75bz	
Herbrand Waggonf..	6½	142,75bz	
Hösch Eisen u. Stahl	12	241,00bz G	
Hoffmann Stärkef.. .	12	210,00bz G	
Hofmann Waggon. .	12	294,50bz G	
Hotelbetriebs-Ges. .	18	240,00bz G	
Ilse Bergbau	12	285,00G	
Inowrazlaw Steinsalz	5	117,75G	
Kattow. Bergbau . .	10	216,25bz G	
Körting, Gebr. . . .	8	150,10bz G	
Lapp, Akt.-G. f. Tiefb.	30	304,00bz	
Lauchhammer conv.	5	137,10bz G	
Linke Wagenbau. . .	6½	240,25bz	
Ludw. Löwe & Co. . .	10	268,00bz	
Mgdeb. Bau-u. Kr.-B.	5	90,30G	
Magdeburg. Bergw. .	35	586,00B	
do. do. St.-Prior.	35	— —	
do. Allg. Gas	6⅔	130,10G	
do. Mühlenwerke	6	110,25G	
do. Straßenbahn. .	6	145,75bz	
Mälzerei Wrede . . .	0	70,25G	
Massener Bergbau . .	4	121,80bz G	
Mathildenhütte . . .	0	48,50G	
Mechan. Web. Zittau	16	218,10bz	
Mend. & Schw. St.-Pr.	0	101,40bz G	
Mix & Genest Tel.-F.	7	163,00bz	
Nürn-Bellemar. freo Zs.	—	257,5.bz G	
Niederlaus. Kohlenw.	3	114,50bz G	
Nordd. Eisw., St.-Akt.	0	56,60G	
do. do. Vorz.-Akt.	0	94,25G	
Nordstern Kohle . . .	16	288,00bz G	
Nürnbg. Herkuleswerk.	9	167,50bz	
Oberschles. Charlotte	9	173,25bz G	
Oppelner Cement . .	5	150,50bz G	
Petersb. elekt. B. St.-A.	3½	80,25bz G	
do. do. Vorz.-Akt.	—	126,30bz G	
Reichelt Metallschr. .	9	187,00B	
Rhein. Spiegelglas-M.	6	168,00bz B	
Rh.-Westf. Sprengst..	10	221,10bz	
Sächs. Gusst. Dölitz .	12	261,80bz	
Saxonia Zementfabr.	3	128,50bz	
Schering Chem. Fabr.	15	337,00G	
Schl. Leinw. Kramsta	4½	133,00bz G	
do. Portl.-Cement .	7½	197,50G	
Schles. Zink b. Ges. .	17	392,50bz	
do. do. St.-Prior.	17	392,50bz	
Schöfferhof Br. Mainz	11	173,25bz	
Schöneb.-Fr. Terr.-G.	12	172,50G	
Schwartzkopff Msch.	10	262,00bz G	
Siemens Glashütten	14	262,00bz G	
Stett.-Bred. Portl.-Z.	7	169,00bz G	
Strals. Spielk. St.-Pr.	7	128,00G	
Terr.-Ges. Hansen . .	—	230,0.bz G	
Ver. Dampf-Ziegelei .	15	207,00bz G	
V. Köln-Rottw. Pulv.	12	263,00bz G	
V. Stahlw. Zyp. u. Wis.	9	168,30bz G	
Voigtl. Masch. St.-Akt.	6	145,00bz G	
do. do. Vorz.-Akt.	6	145,25bz G	
Westl. Boden-Ges. . .	0	124,25bz G	
Westfäl. Draht-Ind. .	10	186,90bz	
do. Stahlwerke . .	0	139,80bz	
Wollwaren Merkur .	20	230,00bz B	
Wurm-Revier	8	166,00bz G	

Obligationen von Industrie-Gesellschaften.

Akt.-Ges. f. Anil. Fabr.	4	105,50bz G	
do. do.	4½	103,90G	
Allgem. Elektr.-Ges.	4	101,00bz	
do. do.	4½	103,40G	
Anhalt. Kohlenwerke	4	99,00G	
Berl. Elektr.-Werke .	4	101,10bz	
do. do. unk. 06	4½	102,10bz	
do. do. unk. 08	4½	103,75bz G	
Bismarckhütte	4½	104,40G	
Braunschw. Kohlen .	4½	104,80G	
Buderus Eisenwerke	4	100,70G	
Burbach Gewerksch.	5	104,75B	
Charlott. Wasserw. .	4	— —	
Continentale do. . .	4½	102,50bz G	
Dannenbaum	4	100,75G	
Dessauer Gas	4½	106,90bz G	
do. 1892	4½	107,00G	
do. 1898	4	104,25bz	
Deutsch-Atl. Tel.-Ges.	4	101,00B	
Dtsch. Bierbrauerei .	4½	102,90B	
do. Kabelwerke .